

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

des Bundesrates Michael Bernard
und weiterer Bundesräte

betreffend **Wichtige Straßenbauprojekte jetzt umsetzen**

*eingebracht im Zuge der Debatte über Beschluss des Nationalrates vom 26. März 2025
betreffend eine Änderung 6 des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des
im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AEFR) (24 d.B. und
44 d.B.) in der 976. Sitzung des Bundesrates, am 10. April 2025.*

Für die Sicherstellung des Neubaus und der Fertigstellung von Autobahnen und Schnellstraßen, die bereits im Bundesstraßengesetz 1971 aufgenommen sind, trägt die Bundesregierung die Verantwortung. Besonders die Grünen haben durch ihre ideologisch motivierte Blockadehaltung in der abgewählten Regierung mit der ÖVP eine rasche Umsetzung essenzieller Straßenbauprojekte, wie etwa des Lobautunnels oder Lückenschlüsse der S1¹, verhindert. Statt pragmatischer Verkehrspolitik, orientiert an den Bedürfnissen der Österreicher, verfolgen die Grünen mit freundlicher Duldung durch die ÖVP, eine Verhinderungstaktik, die den steigenden Mobilitätsbedarf der Bevölkerung ignoriert. Während öffentliche Verkehrsmittel weiterhin unzureichend ausgebaut sind und nicht als tragfähige Alternative für viele Pendler dienen, wird der Straßenbau systematisch verzögert oder ganz gestoppt.²

Um diesen Stillstand zu beenden, wird nun sichergestellt werden, dass zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft sowie zur dringend notwendigen Entlastung der Bevölkerung von Durchzugsverkehren und dessen negativen Begleiterscheinungen Straßenbauprojekte, die bereits über eine Genehmigung verfügen, schnellstmöglich realisiert werden. Anhängige Verfahren und Planungen sollen zügig weitergeführt werden, um langjährige Verzögerungen und Stillstände endlich zu beenden.

Die Folgen der ideologisch motivierten Verhinderungspolitik sind bekanntlich gravierend: Staus nehmen zu, Fahrtzeiten verlängern sich drastisch, und wirtschaftliche Nachteile für Unternehmen und Arbeitnehmer sind die direkte Konsequenz. Die mangelnde Erreichbarkeit bestimmter Regionen führt dazu, dass Investitionen ausbleiben und die wirtschaftliche Entwicklung behindert wird. Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, werden mit höheren Treibstoffkosten und einem unnötig hohen Zeitverlust belastet. All das nur, weil den Grünen der motorisierte Individualverkehr ein Dorn im Auge ist.

¹ <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/klimaschutz-gewessler-stellt-bauprogramm-der-asfinag-in-frage-106045648>

² <https://kurier.at/meinung/gewessler-wird-scheitern/402164229>

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Bundesräte nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität, und Infrastruktur, wird aufgefordert die Umsetzung der im Bundesstraßengesetz 1971 genannten Straßenbauprojekte rasch sicherzustellen“



(BERNHARD)



(SPANRING)

